

Konservativen sind auf diese Frage die Antwort nicht schuldig geblieben und haben durch den Mund des Abgeordneten Schwerin-Wismar erklären lassen, daß sie auch die ausfallenden 80 Millionen auf indirektem Wege aufgebracht wissen möchten, eventuell seien sie bereit, einer Erhöhung der Matrikularbeiträge zuzustimmen. Diese Spekulation ist sehr durchsichtig. Würde der letztere Weg eingeschlagen, so läge es in der Hand der Konservativen, die in den meisten einzelstaatlichen Parlamenten die Mehrheit besitzen, zu bestimmen, wie die Mehrheiten aufzubringen sind. Daß sie selbst nicht viel dazu beitragen würden, versteht sich bei dieser edlen Rasse von selbst. So recht es uns Sozialdemokraten nun auch sein kann, wenn den einzelstaatlichen Regierungen einmal durch Erhöhung der Matrikularbeiträge mit aller Schärfe zu Gemüte geführt wird, zu welchen Konsequenzen die rasende Vermehrung der Militär- und Flottenausgaben führt, denen sie im Bundesrat stets mit Pauken und Trompeten zugestimmt haben, so müssen wir uns doch mit aller Schärfe gegen den Versuch wenden, auf dem Umwege über die Einzelstaaten dem Volke auch das letzte Sechstel der neuen Steuern aufzuwälzen. Und daß dies Absicht der agrarischen Deputierten ist, liegt klar zutage. Ungefähr denselben Zweck verfolgen sie aber auch mit den von freikonservativer Seite gemachten Vorschlag, den entstehenden Fehlbetrag durch eine von den Einzelstaaten zu erhebende Vermögenssteuer aufzubringen, nur daß sie diese vor allem dem mobilsten Kapital aufdrehen zu können hoffen. Gegen eine solche Steuer hat die Sozialdemokratie sich verständlich nicht einzusetzen. Ein wesentlicher Unterschied besteht hier nur in der Auffassung über die Form, in der die Steuer zu erheben ist, und ihre Höhe. Es ist nicht einzusehen, warum das Reich nicht selbst die Einziehung übernehmen soll, um so mehr, als Sydow jetzt selbst in einem unbewachten Augenblick zugegeben hat, daß die Reichsverfassung der Erhebung direkter Steuern nicht entgegensteht, was bekanntlich bisher stets behauptet wurde. Wenn das Prinzip der Reichsvermögenssteuer aber einmal anerkannt ist, dann aber auch richtig zugeführt. Herr Sydow eröffnen sich damit neue Bahnen, die so oft betonte Opferwilligkeit der Besitzenden nochmals auf die Probe zu stellen.

Das preußische Wahlrecht.

Die Geschichte des preußischen Wahlrechts bietet den schlagendsten Beweis für die Richtigkeit der theoretischen Auffassungen der Sozialdemokratie, daß keine abstrakte Gerechtigkeit, sondern die Machtverhältnisse über die Gesetze gebieten. Wäre es richtig, was die bürgerlichen Klassen uns einreden wollen, daß Recht und Gerechtigkeit herrschen, und daß nur das Bestand hat, was in rechtmäßiger gesetzlicher Weise zustande kam, so hätte das Dreiklassenwahlrecht, jene Spottgeburt aus Eibbruch und Säbelgewalt, nicht viele Jahre leben können. Seine Urheber werden selbst kaum darauf gerechnet haben. Und doch weist dieses elendeste aller Wahlsysteme ein längeres Leben auf, als die meisten andern, viel besseren und gesetzlich eingeführten Wahlsysteme anderer Länder.

Die Ursache liegt nicht weit. Nicht die inneren Qualitäten oder der Ursprung entscheiden darüber, ob ein Wahlsystem sich aufrecht erhält, sondern nur die Frage, ob Kräfte da sind, die es umstoßen wollen. Solche Kräfte fehlten bis jetzt in Preußen. Die liberale Bourgeoisie hat zwar in den letzten Jahren einen scharfen Kampf um die politische Herrschaft geführt, aber mit dem Dreiklassenwahlrecht, das ihr damals eine unbestrittene Mehrheit im Abgeordnetenhaus gab, war sie vollkommen zufrieden. Die damals erst emporkommende Arbeiterbewegung wurde durch das Reichstagswahlrecht abgelenkt und kümmerte sich nicht um das Dreiklassenhaus. Weil die Kräfte des Umsturzes fehlten, konnte das verrottete System aufrecht stehen bleiben, als wäre es aus dem dauerhaftesten Granit geschaffen.

Die Probe aufs Exempel bietet nun die Geschichte des letzten Jahres. Kaum hat die Arbeiterklasse einen ernsthaften Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht begonnen, und schon beginnt es zu wackeln. Prompt, als gälte es, durch ein Schulbeispiel den historischen Materialismus zu erläutern, antworten die Ereignisse einander. Der Preußentag 1907 beschließt den Kampf mit allen Mitteln — am 10. Januar 1908 erklärt der Reichskanzler: „Die königliche Staatsregierung erkennt an, daß das geltende Wahlrecht auch jetzt noch Mängel aufweist, und hat seit längerer Zeit in eingehenden Arbeiten erwogen, wie diesen Mängeln abgeholfen werden kann.“ Merkwürdig, diese Mängel, die die Regierung erst nach sechzig Jahren bemerkt.

Er ergriff die Wilde bei den Handgelenken, um sie auf ihrem Stuhl fest zu halten. Es gab eine regelrechte Valgeret, da sie sich mit aller Kraft sträubte.

„Großpapa, hilf mir doch! Du kriegst auch von mir einen Auf“, feuchte sie dazwischen.

Boden konnte kaum noch das Röcheln auf seinen Hüften festhalten. Das Gesicht des Mädchens erschien jetzt wie eine aus Blut und Bier gewebte flammende Maske.

Ein Sektglas wurde durch die kämpfenden umgestoßen, flog vom Tisch und zerfiel klirrend am Boden. Da gab der Student endlich die Hände des Mädchens frei. Triumphierend fuhr sie auf, ihr Atem ging stoßweise. Einen Augenblick stand sie regungslos und sah Boden über den Tisch herüber mit starren Augen an. Dann schwankte sie ein wenig, eine farbige Blässe überzog plötzlich ihre Wangen, Schweiß trat auf die Stirn und sie brach in einer Ohnmacht zusammen. Ihre erschrockenen Begleiter trugen sie sorglich und ließen sie auf den Stuhl nieder.

Dieses Vorkommnis gab dem Doktor den Rest. Er stand empört auf.

„Es dürfte doch wohl angebracht sein, wenn Sie die junge Dame zu ihren Eltern zurückbrächten“, sagte er zu den Studenten und ging hinaus.

Er atmete befreit auf, als er auf der Straße stand, nahm den Hut ab und ließ sich den Wind um den Kopf wehen, der scharf um die Erde des Doms segte. Trotz der vorgerückten Stunde schwärmte noch allerlei lärmendes Volk auf dem Domplatz umher. Duster und feierlich ragte das Niesenankerkreuz empor, ein Fels des Schwereganz, umbrannt von der geschwägigen See der Rarheit.

Fortsetzung folgt.

Die gewaltigen Straßendemonstrationen am 12. Januar folgen; die Wahlrechtsfrage steht auf der Tagesordnung der Öffentlichkeit, und schließlich scheidet das Parlament im Juni seine ersten Vertreter in das Dreiklassenhaus — prompt antwortet die Staatsregierung mit der Erklärung in der Thronrede: „Es ist mein Wille, daß die Vorschriften über das Wahlrecht zum Haus der Abgeordneten eine organische Fortentwicklung erfahren. . . . Ich erblide darin eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart.“ Wie viele Thronreden haben die preußischen Könige in dem letzten halben Jahrhundert gehalten, ohne das Wahlrecht zu erwähnen — und nun auf einmal! Wie merkwürdig fällt dieser Umschwung der Anschauungen mit dem Anfang des proletarischen Wahlrechtskampfes zusammen!

Und als nach neuen Straßendemonstrationen das Haus am 23. Januar über die Wahlrechtsanträge abstimmt, fehlen nur ein paar Stimmen an einer Mehrheit, die sich im Dreiklassenparlament selbst gegen dessen faule Grundlage und für das direkte und geheime Wahlrecht ausspricht.

Was seit einem halben Jahrhundert erstarrt und versteinert schien, ist in Fluß gekommen. Aber damit sollen wir nicht glauben, daß wir in die Festung des Feindes schon Bresche gelegt haben. So leicht fällt das Volkwerk nicht. Das Ziel, die Ersetzung des Dreiklassenwahlrechts durch das allgemeine Wahlrecht, bedeutet einen so gewaltigen Umschwung in den politischen Verhältnissen Deutschlands, daß zu ihm die paar Straßendemonstrationen in gar keinem Verhältnis stehen. Dazu wird das Proletariat noch ganz andere Mittel anwenden, durch viel mächtigere Aktionen den Willen der Herrschenden erschüttern müssen.

Der dialektischen Natur aller gesellschaftlichen Entwicklung entsprechend, besteht die erste Wirkung einer anfangenden proletarischen Bewegung nicht darin, daß sie dem Gegner Zugeständnisse abringt, sondern daß sie ihn zum entschlossenen Widerstand reizt, und dabei zugleich seine Arme sprengt. Die Feinde des Proletariats hatten sich in ihrer Hochburg so schön eingerichtet, um kleine Interessen herab und sich wieder vertragend, weil man sich eben übertragen muß. Da dröhnt auf einmal der Sturmhauch des Feindes gegen die Pforte; er schlägt zwar noch keine Bresche, aber der dumpfe Klang, der das Rauschen eines entschlossenen Feindes verkündet, bringt Verwirrung unter die Insassen. Die einen wollen ihn durch Nachgeben ablenken, andere die Festung durch Umbauen stärker machen, ein dritter will sofort durch rücksichtslosen Kampf den Feind zurücktreiben; und alle denken dabei für ihr Spezialinteresse noch einen Extraprofit herauszuschlagen.

Die herrschende Klasse spaltet sich dem proletarischen Kampf gegenüber immer in mehreren Richtungen, die in dem Willen, das Proletariat niederzuhalten, einzig sind, aber uneinig in der Frage, welche Mittel dazu die geeignetsten sind. Für Nachgeben sind in diesem Fall nur wenige, da es sich hier nicht um irgendwelche Reform, sondern um die Abkehr der Gesetzgebung selbst handelt: die Wahlrechtsfrage der Freijünglinge wäre gewiß noch viel geringer, wenn sie nicht wüßten, daß sie eine hoffnungslos kleine Minorität bilden. Viel stärker ist die Tendenz, das unhaltbare Wahlsystem durch ein anderes zu ersetzen, das das Proletariat nicht weniger entsetzt, aber durch seinen moderneren Charakter dem Umsturz gegenüber hieb- und stichfest erscheint. In diesem Sinne sind auch die Regierungserklärungen zu verstehen. Sie bedeuten keine Konzessionen an die proletarischen Forderungen, sondern umgekehrt Versuche, ihnen besser widerstehen zu können. Aber auch in dieser Weise bilden sie schon einen Erfolg unserer Bewegung.

Die Junker schließlich wollen von keiner Aenderung wissen. Sie sträuben sich nicht mit Unrecht, daß jeder Schritt, der die Heiligkeit der „bewährten Grundlage“ des preußischen Staates antastet, auf eine schiefe Ebene führt, wo keiner weiß, wohin er kommt. Sie betrachten die Neuerungen der Regierung als ein Spielchen mit dem Feuer, und die sonst so harmlosen liberalen Phrasen Bülow's empfinden sie als eine Gefahr für ihre Herrschaft. Und da sie in Preußen vorerst noch die Macht haben, wird die erste Wirkung der Wahlrechtsbewegung wohl die Sprengung des Blods sein. Wenn Bülow selbst seiner Schöpfung nachfolgen sollte, wird nicht die vorgeschobene Nachlaststeuer oder sonst eine Nebenangelegenheit das preußische Wahlrecht die Ursache seines Falles sein.

Zurücktreten können aber die Junker das Rad der Entwicklung nicht mehr. Die Wahlrechtsfrage ist einmal in Bewegung gekommen, und die alte Erstarrung ist nicht wieder herzustellen. Sie haben Recht, daß sie diese Bewegung fürchten; aber ihre Furcht ist unsere Hoffnung. Ist einmal die starre Ruhe gebrochen, dann hängt es nicht mehr von Regierungen und Politikern ab, wohin die Bewegung führt. Das wird von den künftigen politischen Verhältnissen und vor allem von den weiteren Aktionen des Proletariats abhängen.

Reichstag.

190. Sitzung, Freitag, den 5. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsliche: v. Bethmann-Hollweg.
Zur Beratung der Rechnungen über den Reichshaushalt für das Rechnungsjahr 1908 und 1904 weist

Berichterstatter Abg. Hug (Zentr.) auf die große Zahl der Fondsverwechselungen hin, die jedoch nur formaler Natur seien. Redner empfiehlt, nach dem Antrage der Rechnungs-Kommission, die Staatsüberschreitungen und außeretatmäßigen Ausgaben zu genehmigen, im ganzen 8705.51 Ml.

Abg. Ulrich (Soz.): Ich bin nicht der Meinung, daß es sich bei den Fondsverwechselungen nur um wesentliche formale Vorgänge handelt. Wenn man einen Fonds für den andern bluten läßt, so kommen Buchungen zustande, welche nicht in Ordnung sind. Und derartige Buchungen sind im großen Umfang gemacht worden. Denn es handelt sich um Fondsverwechselungen in Höhe von 669.805 Ml. Allein bei der Militärverwaltung finden sich rund 900 Verwechselungen. Deshalb vertritt ich den Standpunkt, daß die Regierungen zu erwägen haben, wie diese Verwechselungen vermieden werden. (Bravo! bei den Soz.)

Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt Zweite polemisiert gegen den Vorredner. Das schließliche Rechnungsbild sei doch richtig.

Abg. Dr. Wärra (nat.-lib.) stimmt dem Abg. Ulrich zu, daß der Reichstag darauf hinwirken muß, daß die Fondsverwechselungen möglichst eingeschränkt werden. Ulrich habe aber die Tätigkeit des Rechnungshofes nicht verschweigen dürfen.

Abg. Ulrich (Soz.): Auf den Rechnungshof binzuweisen, sei nicht nötig gewesen, da ja aus dem Bericht ersichtlich sei, daß die Rechnungs-Kommission die Verwechselung richtig gestellt hat.

Der Kommissionsantrag wird angenommen. Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung der Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben der afrikanischen Schutzgebiete für 1904. Der Antrag Erzberger auf Zurückweisung der Uebersicht an die Kommission zur schriftlichen Berichterstattung wird gegen die Stimmen des Zentrums, der Polen und Sozialdemokraten abgelehnt. Der Kommissionsantrag, die Staatsüberschreitungen und außeretatmäßigen Ausgaben zu genehmigen, wird angenommen. Darauf wird der Kommissionsantrag für die außeretatmäßige Ausgabe von 200.000 Ml. zu Vorarbeiten der Eisenbahn Windhuk. Schobod In dem mit zu erteilen, in namentlicher Abstimmung angenommen. Der Antrag Ulrich (Soz.) auf Einleitung einer Untersuchung wegen dieser Ausgabe ist damit erledigt. Es folgt die zweite Beratung des Etats des Reichs-amts des Innern.

Abg. Ling (Reichsp.) wünscht Ausdehnung der Invalidenversicherung auf die selbständigen Handwerker. Inzwischen stehe in der Sozialpolitik obenan. Der neue Staatssekretär sei ein ausgezeichneter Sozialpolitiker. (Bravo rechts! Zuruf bei den Soz.; nach Ihrer Meinung!) Redner spricht sich für Reform der Krankenversicherung und Anerkennung der Technikerverbände aus, vorausgesetzt, daß diese nicht auf Tod und Leben mit den Unternehmern kämpfen wollen. (Beifall rechts.)

Abg. Schae (Wirtschaftl. Wg.) wünscht dem Staatssekretär eine recht lange und glückliche Amtsdauer und begeistert sich für den allgemeinen Befähigungsnachweis. Des Weiteren bringt er die Klagen der Handwerker wegen der Gefängnisarbeit vor. Der Mittelstand sei auch verstimmt über die wirtschaftliche Absonderung der Beamten in kleinen und mittleren Städten. Die sozialdemokratische Forderung nach einem Reichsberggesetz werden seine Freunde unterstützen, jedoch nicht in allen Punkten. Auch die sozialdemokratische Resolution bezüglich der Glasstätten findet nicht die ungeteilte Zustimmung des Redners, der alsdann noch über den Abg. Hoch und den Zentralverband der Handlungsgehilfen zu wipeln versucht, welcher nach seiner Meinung nur aus den Ladenmädchen der Konsumvereine besteht.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Eine Unterstützung des Handwerkerblattes, die von verschiedenen Seiten gewünscht wird, kann erst in späteren Jahren etatmäßig stattfinden. Für 1909 werde ich dispositive Mittel verwenden. Dringend wird die gesetzliche Regelung der Tarifverträge gewünscht. Ihre Zahl und Bedeutung hat zugenommen, aber die Praxis findet sich nicht ohne Erlassen neuer Gesetze. Von einem Gesetz fürchte ich die Störung natürlicher gesunder Entwicklung. Es wäre mir interessant, die Herren Begien und Bömelburg über diese Frage zu hören. Zur Reform der Versicherungs-gesetzgebung hoffe ich, daß der Entwurf noch in diesem Monat dem Bundesrat zugehen und gleichzeitig veröffentlicht werden wird, damit die Allgemeinheit Stellung nehmen kann. (Beifall rechts.) Es handelt sich bei dieser Reform zunächst um die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf das Gefinde und die land- und forstwirtschaftlichen, hausgewerblichen und unständigen Arbeiter. Weiter ist eine Zentralisation in den Ortskrankenkassen nötig. Die Beiträge und das Stimmrecht werden halbiert werden. Für das Wahlverfahren ist Verhältniswahl angeordnet. Ein bestimmtes Arzthystem wird nicht vorgeschrieben. Sines schied sich nicht für alle. Das Hand in Hand arbeiten zwischen Ärzten und Kranken ist bei jedem System die Hauptsache. (Beifall sehr richtig!) Daran fehlt es leider vorläufig. Ich brauche bloß den Namen Wilm auszusprechen. Wir stehen da vor einer ersten Erscheinung, die uns zeigt, wohin die Uebertreibung des Koalitionsrechts führen kann; die Hospitalisierung von Kranken und Sterbenden ist ein Rückfall in unfugale Zustände, wie er nicht schlimmer gedacht werden kann. (Beifall sehr richtig!) Ich glaube, daß ein großer Teil der deutschen Ärzte nicht damit einverstanden ist. Sie werden aber von den eisernen Klammern des Koalitionszwanges unter dem Druck eines ehregerichtlichen Verfahrens zusammengehalten. Unser ganzes modernes Leben wird vom Koalitionszwange befeuert.

Herr Hoch hat meine Rede zu den schwarzen Listen mißverstanden und ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie gemittelt; das will anscheinend ein Paradeschluß werden. (Geister!) Für Ihre Presse (nach links) mögen Sie solche Wärrchen (Große Unruhe bei den Soz.; Rufe: Zur Ordnung!), an denen kein Wort wahr ist, notwendig haben. Aber bei einer ersten Diskussion sollten sie wegsallen. (Sehr richtig im Wod; große Unruhe bei den Soz.)

Nun zur Invalidenversicherung. Ich sympathisiere mit dem Gedanken, durch Ansetzung höherer Lohnklassen die vielfach bedrängten Schichten des Mittelstandes an dieser Wohltat zu beteiligen. (Sehr richtig!) Eigentlich wollte ich mit der Versicherungsordnung warten, um sie mehr austreten zu lassen. Daß sie jetzt schon kommen wird, ist nicht meine Schuld, sondern die des Abgeordneten Trimborn. (Geister!) Die Weg Trimborn, die Hinterbliebenenversicherung, stellt uns vor eine große soziale Aufgabe, aber auch vor schwere Lasten. Wir werden diese Versicherung ausschließlich auf feste Beiträge der Arbeiter und Arbeitgeber basieren müssen. (Hört, hört!) Wenn das Gesetz zur Beratung kommt, dann werden wir es hoffentlich nicht in der Weise feindlicher Koalitionen, sondern in objektiver paritätischer Arbeit prüfen und Gutes zustande bringen. (Beifall sehr richtig.)

Abg. v. Gagarinski (Pole) fragt gegenüber den kürzlichen Beschuldigungen des Staatssekretärs gegen die Polen über die Beschäftigung, welche umgekehrt die Polen von deutscher Seite erdulden müssen. Wir werden nicht aufhören, den Sprachenparagrafen als Ausfluß des widerlichsten Chauvinismus zu bekämpfen.

Präsident Graf Stolberg: Herr Abgeordneter, Sie dürfen kein Reichsgesetz als widerlichen Chauvinismus bezeichnen. (Beifall rechts. Rufen bei den Soz., Polen und im Zentrum. Rufe: Es ist aber so!) Auch dürfen Sie hier keine Rede halten, die ins Abgeordnetenhaus gehört. (Zurufe: Dreiklassenhaus!)

Abg. v. Gagarinski (fortfahrend): Man irrt sich, wenn man mit solchen Wahregeln uns zu schaden glaubt. Fahren Sie nur fort in Ihrer Jagd. (Bravo! bei den Polen.)

Abg. Gotthein (freis. Wg.): Die Verhältnisse in den Eisenhütten erscheinen uns für gesetzgeberische Maßnahmen noch nicht genügend geklärt, daher verlangen wir zunächst Erhebungen. Die Regelung der Bergarbeiterverhältnisse in der Gewerbeordnung haben wir verlangt, weil für ein Reichsgesetz die verbündeten Regierungen zu ruzzeit doch nicht zu haben sind. Unsere Resolution deckt sich im wesentlichen mit der sozialdemokratischen. Die Uebersichten ganz auszuschließen, ist allerdings unmöglich. Die sozialdemokratische Forderung, den invaliden Bergarbeitern das aktive Wahlrecht zu geben, geht zu weit, dagegen wollen wir sie vom passiven Wahlrecht nicht ausschließen. Der Bergarbeiterlag hat gezeigt, daß in der Tat die Arbeiter häufig zu Recht kein Vertrauen zu den Revierbeamten haben. (Hört, hört!) Den Wünschen der Bergarbeiter sollte man endlich Rechnung tragen. (Bravo! bei den Freis.)

Hierauf verlag das Haus.

Abg. Hoch (Soz., persönlich): Ich habe mich bei meinen Ausführungen gegen die Absicht der Regierung, ein neues Sozialistengesetz zu erlassen, nicht nur gestützt auf die Rede des Staatssekretärs in diesem Hause, sondern vor allem auf die Rede des Reichskanzlers im preußischen Abgeordnetenhaus. Ich habe unmöglich annehmen können, daß man den Fürsten Bülow mit seinen Reden nicht mehr ernst nehmen darf. (Unruhe rechts.)